Manifest für eine ökosozialistische Revolution: Mögliche Folgen für die Philippinen

von Daniel Tanuro, 31. Oktober 2025

Präsentationen des Manifestes der Vierten Internationalen Manifests für eine ökosozialistische Revolution – Bruch mit dem kapitalistischen Wachstum bei einer Diskussion für Wissenschaftler*innen und Führungskräfte, Aktivist*innen sozialer Bewegungen und politischer Organisationen, gemeinsam organisiert von IIRE-Philippines und Partido Manggagawa. im September 2025 von Daniel Tanuro Manifesto for an Ecosocialist Revolution: Possible consequences in the Philippines" unten und Maral Jefroudi "Introduction to the Manifesto for an Ecosocialist Revolution: Work Less, Live Better".

Auf ihrem letzten Weltkongress verabschiedete die Vierte Internationale ein Dokument mit dem Titel „Manifest für eine ökosozialistische Revolution – Bruch mit dem kapitalistischen Wachstum" https://intersoz.org/mit-dem-kapitalistischen-wachstum-brechen/. Ziel dieses Vortrags ist es nicht, auf die Details dieses Textes einzugehen, sondern vielmehr die darin angesprochenen Probleme darzustellen. Abschließend werde ich einige Elemente für eine mögliche Konkretisierung im Rahmen der Philippinen vorschlagen.

Ausgangspunkt: die enorme Bedrohung durch die „ökologische Krise"

Ausgangspunkt ist die sogenannte „globale ökologische Krise". Unserer Meinung nach konfrontiert uns diese Krise mit einer existenziellen Bedrohung, die nicht nur in der Geschichte des Kapitalismus, sondern auch in der Geschichte der Menschheit ohne historischen Präzedenzfall ist.

Wissenschaftler identifizieren neun Parameter für die Nachhaltigkeit des menschlichen Lebens auf dem Planeten Erde:

1. Der Klimawandel (hauptsächlich aufgrund der CO2-Konzentration in der

Atmosphäre, die vor allem durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe verursacht wird);

2. Der Verlust der biologischen Artenvielfalt (das Tempo dieses Verlusts ist derzeit höher als beim Aussterben der Dinosaurier vor 60 Millionen Jahren);

3. Die Luftverschmutzung durch Partikel (Ursache zahlreicher Atemwegserkrankungen);

4. Die Vergiftung der Ökosysteme durch „neue chemische Substanzen" (radioaktive Nuklide, Pestizide, PFAS … meist krebserregend, von denen sich einige anreicherhttps://de.wikipedia.org/wiki/Per-_und_polyfluorierte_Alkylverbindungen, weil sie nicht – oder nur sehr langsam – auf natürliche Weise abgebaut werden können);

5. Die Landnutzungsänderung und die Verschlechterung der Böden (Entwaldung, Erosion, Nährstoffverlust, Zerstörung der Feuchtgebiete…);

6. Die Versauerung der Ozeane (und damit das Absterben der Korallenriffe, der Brennpunkte der Artenvielfalt);

7. Die Süßwasserressourcen;

8. Die Störung des Stickstoff- und Phosphorkreislaufs (der übermäßige Einsatz von Nitraten und Phosphaten in der Landwirtschaft führt zu einem Phänomen, das als „Überdüngung" bekannt ist: Übermäßiges Algenwachstum verbraucht den im Wasser gelösten Sauerstoff)

9. Der Zustand der stratosphärischen Ozonschicht (die uns vor UV-Strahlen schützt).

Für jeden dieser Parameter haben die Wissenschaftler eine „Grenze" der Nachhaltigkeit festgelegt. Diese Grenze ist keine strenge Grenze, aber wenn sie überschritten wird, begeben wir uns in eine gefährliche, nicht nachhaltige Zone. Vor fünfzehn Jahren schätzten die Forscher, dass drei Grenzen überschritten worden waren: CO2, Biodiversität und Stickstoff. Derzeit schätzen sie, dass sieben Grenzen überschritten worden sind. Der einzige Indikator, der sich positiv entwickelt hat, ist der Zustand der Ozonschicht (weil angemessene, nicht-neoliberale Maßnahmen ergriffen wurden – aus spezifischen Gründen, auf die

hier nicht näher eingegangen wird). Für die Luftverschmutzung durch Partikel wurde noch keine klare Grenze festgelegt.

Wenn man diese Liste von Parametern liest, wird deutlich, dass die sogenannte „ökologische Krise" auch eine enorme soziale Krise mit möglicherweise schwerwiegenden Folgen ist. Diese Folgen sind vor allem in Ihrem Land (das Referat wurde auf den Philippinen gehalten) bekannt: heftigere Taifune, stärkere Regenfälle, mehr Dürren, mehr Hitzewellen, mehr Erdrutsche, mehr Überschwemmungen an Küsten und Flüssen, Anstieg des Meeresspiegels usw. All diese Phänomene verschlimmern sich und werden sich weiter verschlimmern, wenn sich nichts ändert.

Abgesehen von der Ozonschicht sind die anderen Fragen eng miteinander verflochten, und der Klimawandel spielt dabei eine zentrale Rolle. Die globale Erwärmung beschleunigt den Verlust der biologischen Vielfalt, die Verbrennung fossiler Brennstoffe ist eine der Hauptursachen für die Luftverschmutzung durch Partikel, die Versauerung der Ozeane ist eine Folge der steigenden CO2-Konzentration in der Atmosphäre, die Entwaldung ist die zweitgrößte Quelle von CO2-Emissionen, überschüssige Nitrate zerfallen zu einem gefährlichen Treibhausgas (Lachgas), Pestizide und PFAS sind Produkte der fossilen (petrochemischen) Industrie …

Wissenschaftler warnen seit Jahrzehnten vor einer Katastrophe, aber die Regierungen haben nichts – oder fast nichts – unternommen. Heute leugnen einige Staatschefs wie Trump und Millei offen die Realität. Andere ergreifen Maßnahmen, die völlig unzureichend und ineffektiv sind und die Situation sogar verschlimmern können; darüber hinaus stellen sie diese Maßnahmen derzeit im Namen der Wettbewerbsfähigkeit in Frage.

Infolge dieser Haltung ist die Katastrophe nicht mehr nur eine Möglichkeit. Tatsächlich sind wir bereits in die Katastrophe eingetreten, und sie schreitet immer schneller voran. Wenn sich nichts ändert, wenn kein Notfallplan umgesetzt wird, wird sie außer Kontrolle geraten. Der physikalische Zustand der Erde wird sich verändern, und eine Umkehr wird nicht mehr möglich sein. Die Katastrophe wird zu einer Naturkatastrophe werden, vergleichbar mit derjenigen, die das Ende der Dinosaurier verursacht hat. Nach einigen neueren Forschungen könnte eine Abfolge von „positiven Rückkopplungen", die bei einer Erwärmung um 2 °C einsetzt, ausreichen, um den Planeten auf diesen unumkehrbaren Weg zu

bringen.

Obwohl sie nicht dafür verantwortlich sind, sind die Armen die Hauptopfer, insbesondere in den ärmsten Ländern. Derzeit sind laut IPCC (AR6, Arbeitsgruppe 2, vollständiger Bericht) drei Viertel der weltweiten Anbauflächen von Ertragsverlusten aufgrund meteorologischer Dürren betroffen; 3 bis 3,5 Milliarden Menschen sind stark vom Klimawandel betroffen; vier Milliarden Menschen leiden zumindest während eines Teils des Jahres unter schwerer Wasserknappheit. Die meisten dieser Menschen sind arm und leben in den ärmsten Ländern. Die Existenz dieser Menschen ist gefährdet.

Ein prominenter Klimatologe, ehemaliger Co-Vorsitzender der IPCC-Arbeitsgruppe 1, sagte kürzlich in einem Interview: Bei der derzeitigen Entwicklung steuern wir in den kommenden Jahrzehnten auf einen Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur um 4 °C zu. Niemand weiß genau, wie die Erde in dieser Situation aussehen würde, aber eines ist absolut sicher: Ein so heißer Planet könnte nicht das Leben von 8 Milliarden Menschen unterstützen, wahrscheinlich nur die Hälfte davon.

Der grundlegendste gesunde Menschenverstand sollte dringend drastische Maßnahmen der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit vorschreiben. Warum werden sie nicht ergriffen? Was ist stärker als der gesunde Menschenverstand, stärker als der kollektive Überlebensinstinkt? Die Antwort ist glasklar: das Streben nach Profit, das unweigerlich dazu führt, dass immer mehr Waren zu immer niedrigeren Kosten produziert werden, wodurch immer mehr soziale Ungleichheiten und Diskriminierungen entstehen.

Die einfache Wahrheit ist, dass der Kapitalismus ein produktivistisches System ist und dieser Produktivismus destruktiv ist. Sozialer Kapitalismus existiert nicht. Grüner Kapitalismus existiert aus dem gleichen Grund nicht. Wir müssen versuchen, dieses absurde System loszuwerden. Wenn wir das nicht tun, wird es die breiten Massen zugrunde richten und möglicherweise die Menschheit und die Natur, deren Teil sie ist, zerstören.

Eine Revolution – eine globale soziale, ökologische, feministische, antikolonialistische Revolution – ist objektiv notwendig. Dies ist der Ausgangspunkt unseres Manifests.

Eine erneuerte globale historische Perspektive

Dieser Ausgangspunkt ist nicht neu. Aber er impliziert eine erneuerte globale historische Perspektive. Im Kommunistischen Manifest schrieben Marx und Engels, dass das Proletariat die politische Macht übernehmen muss, „um die Gesamtproduktivkräfte so schnell wie möglich zu steigern". Dies ist global gesehen keine Option mehr. Selbst eine stationäre Wirtschaft ist keine Option mehr. Weltweit bedeutet die Tatsache, dass die Grenzen der Nachhaltigkeit überschritten wurden, dass der Kapitalismus uns zu weit gebracht hat. Wir müssen zurück, Punkt. Die Steigerung der Produktivkräfte ist das, was der Kapitalismus tut. Wir müssen sie weltweit verringern. Mit anderen Worten: Degrowth ist objektiv notwendig. Degrowth ist kein Projekt der Gesellschaft – Ökosozialismus ist unser Projekt. Es ist keine Forderung. Es ist eine Einschränkung, die wir beim Übergang zu einer anderen Gesellschaft berücksichtigen müssen.

Diese globale Degrowth-Perspektive scheint völlig im Widerspruch zur Situation in einem Land wie den Philippinen und anderen armen Ländern zu stehen. Tatsächlich bleibt ein großer Teil der sozialen Bedürfnisse ungedeckt. Ein Viertel der Bevölkerung hat nicht genug zu essen. Das Bildungssystem, das Gesundheitssystem, ein Verteilungssystem, das alle mit Trinkwasser versorgt, usw. müssen ausgebaut werden.

Diese Bedürfnisse sind völlig legitim. Niemand kann sie leugnen, sie müssen befriedigt werden. Dies erfordert natürlich ein gewisses Wirtschaftswachstum. Es wird Zement benötigt, um angemessene Häuser für alle zu bauen. Es wird Energie benötigt, um diesen Zement herzustellen. Es werden Fähigkeiten benötigt, um all diese Herausforderungen im Interesse der Armen zu bewältigen.

Mit anderen Worten: Die Menschheit kann die sozial-ökologische Krise nur bewältigen, wenn sie das in der UNFCCC (United Nations Framework Convention on Climate Change https://de.wikipedia.org/wiki/Rahmen%C3%BCbereinkommen_der_Vereinten_Nationen_%C3%BCber_Klima%C3%A4nderungen) verankerte Grundprinzip der „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und Fähigkeiten" achtet. Die entwickelten Länder sind für die Krise verantwortlich, sie müssen dafür bezahlen. Sie haben die Fähigkeiten, sie müssen sie weitergeben. Sie müssen ihre Emissionen um 15 % pro Jahr reduzieren. Dies ist nur durch einen

radikalen wirtschaftlichen Rückgang möglich, der auch die Armen in diesen Ländern berücksichtigt.

Aber die Herausforderung des Rückgangs betrifft auch die armen Länder. Tatsächlich bedeutet das Prinzip der „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und Fähigkeiten" nicht, dass diese Länder dem Entwicklungsmuster der Industrieländer folgen können.

Dieses Muster basierte – und basiert immer noch – auf fossilen Brennstoffen und Agrarindustrie. Die globale herrschende Klasse und die kapitalistischen „Eliten" im globalen Süden behaupten, dass dieses extraktivistische Muster es sogar den ärmsten Ländern ermöglichen wird, zu den am weitesten entwickelten Ländern aufzuschließen. Das ist völlig falsch. Die Wahrheit ist, dass sich die Katastrophe, die von den Armen getragen wird, weiter verschlimmern wird, wenn arme Länder dieses „Entwicklungsmodell" weiter verfolgen – wie es China tut –, einschließlich einer Beschleunigung der Transformation der Katastrophe in eine Naturkatastrophe. Man versteht sofort, dass dies keine vernünftige Perspektive ist!

Konsequenzen für die ärmsten Länder

Dies führt unser Manifest zu einer wichtigen Schlussfolgerung. Zitat: „Der Diskurs vom ‚Aufholen des Südens gegenüber dem Norden' ist eine Chimäre, ein Vorwand, um die Fortsetzung der kapitalistischen und imperialistischen Ausbeutung zu verschleiern, die die Ungleichheiten vergrößert. Mit der Zunahme ökologischer Katastrophen verliert dieser Diskurs jegliche Glaubwürdigkeit. (…) Jetzt ist nicht die Zeit für „Aufholen", sondern für planetarisches Teilen (…) Um ihre Bedürfnisse zu befriedigen, brauchen die Menschen in den unterworfenen Ländern ein Entwicklungsmodell, das dem imperialistischen und produktivistischen Modell radikal entgegensteht, ein Modell, das den öffentlichen Dienstleistungen für die breite Bevölkerung Vorrang einräumt und nicht der Produktion von Gütern für den Weltmarkt. Dieses antikapitalistische und antiimperialistische Modell enteignet die Monopole in den Bereichen Finanzen, Bergbau, Energie und Agrarindustrie und sozialisiert sie unter demokratischer Kontrolle."

Das Manifest geht noch weiter. Es unterscheidet zwischen den sogenannten „Schwellenländern" und den ärmeren Ländern wie den Philippinen, die jährlich

durchschnittlich 1,4 t CO_2 pro Kopf ausstoßen (weniger als Grenze für maximalen durchschnittlichen Pro-Kopf-Emissionen, die weltweit eingehalten werden muss, um das Pariser Abkommen zu erfüllen).

Zitat: „Insbesondere in den ärmeren Ländern wird die Notwendigkeit, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, über einen bestimmten Zeitraum hinweg eine Steigerung der materiellen Produktion und des Energieverbrauchs erfordern. Im Rahmen des alternativen Entwicklungsmodells und anderer internationaler Austauschprogramme wird der Beitrag dieser Länder zum globalen ökosozialistischen Degrowth und zur Einhaltung des ökologischen Gleichgewichts aus folgenden Maßnahmen bestehen:

• Durchsetzung einer gerechten Wiedergutmachung durch die imperialistischen Länder.

• Die Abschaffung des verschwenderischen Konsums der parasitären Elite

• Die Bekämpfung ökologisch zerstörerischer Megaprojekte, die von neoliberalen kapitalistischen Politiken inspiriert sind, wie riesige Pipelines, pharaonische Bergbauprojekte, neue Flughäfen, Offshore-Ölbohrungen, große Wasserkraftwerke und immense touristische Infrastrukturen, die sich das natürliche und kulturelle Erbe zum Nutzen der Reichen aneignen.

• Eine ökologische Agrarreform als Ersatz für die industrialisierte Agrarwirtschaft.

• Ablehnung der Zerstörung von Ökosystemen durch Züchter, Palmölpflanzer, die Agrarindustrie im Allgemeinen und den Bergbau, „Waldkompensationen" (REDD- und REDD+-Projekte) sowie „Fischereiabkommen", die multinationalen Industriefischereiunternehmen Fischbestände zur Verfügung stellen, usw.

Wir haben gesehen, dass dieser Entwicklungsweg (ökosozialistisches Degrowth) im Widerspruch zum produktivistischen Ansatz des Kommunistischen Manifests steht. Aber er steht keineswegs im Widerspruch zum Marxismus. Tatsächlich hat Marx selbst seine Meinung geändert. Der Marx des Kommunistischen Manifests sah die Emanzipation der Ausgebeuteten und Unterdrückten als bedingt durch die Steigerung der Produktivkräfte. Zwanzig Jahre später, in Das Kapital, sieht Marx die Emanzipation („die einzig mögliche Freiheit") als bedingt durch die rationale Steuerung des Stoffaustauschs zwischen der Menschheit und dem Rest

der Natur. Er ist nun weder Produktivist noch Bewunderer der Technologie im Allgemeinen. Im Gegenteil, er prangert das Bündnis zwischen der Agrarindustrie und der Großindustrie an, das „die beiden Quellen allen Reichtums – die Natur und den Arbeiter – ruiniert". Und das ist nicht das letzte Wort seiner Entwicklung. Am Ende seines Lebens stellt Marx in seinem Brief an die russische Autorin und Berufsrevolutionärin Vera Zasulich (Narodniki = Volkstümler) klar, dass die „ländliche Dorfgemeinschaft", wo sie existiert, und im Bündnis mit der Arbeiterklasse der entwickelten Länder den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft ohne Umweg über den Kapitalismus ermöglicht. Diese letzte Entwicklung seines Denkens ist heute von großer Bedeutung, insbesondere angesichts der Kämpfe der indigenen Völker. Wir betrachten unser Manifest daher als eine Erweiterung und Vertiefung der kontinuierlichen Entwicklung von Marx.

Ein erneuertes Übergangsprogramm: Frauen, Bäuerinnen und Bauern, indigene Völker

Die neue, anti-produktivistische Perspektive des Manifests impliziert eine Erneuerung unseres Programms, d. h. unserer Vision von der Welt, für die wir kämpfen, unserer Forderungen und unserer Strategie. Ich kann nicht alle diese Aspekte im Detail ausführen. Die Welt, für die wir kämpfen, ist Gegenstand des wichtigen zweiten Kapitels unseres Dokuments. Sie basiert auf der Idee, dass, sobald die Grundbedürfnisse demokratisch befriedigt sind, das Sein wichtiger ist als das Haben. Was die Übergangsforderungen betrifft, die eine Brücke zur neuen Gesellschaft schlagen, bleiben wir der von Leo Trotzki skizzierten Methode treu und übernehmen vollständig die von ihm vorgebrachten Forderungen, wie die Enteignung großer kapitalistischer Konzerne, die Verkürzung der Arbeitszeit, die Arbeiterkontrolle usw. Aber wir erweitern den Anwendungsbereich.

Wir erweitern den Anwendungsbereich, weil wir alle sozialen Bewegungen als Teil des Klassenkampfes betrachten. Zitat: „Der Klassenkampf ist keine kalte Abstraktion. Die reale Bewegung, die den gegenwärtigen Zustand der Dinge überwindet" (Marx), definiert ihn und bestimmt seine Akteure. Die Kämpfe von Frauen, LGBTQI-Personen, unterdrückten Völkern, rassifizierten Menschen, Migrant:innen, Bäuerinnen und Bauern und indigenen Völkern für ihre Rechte stehen nicht einfach neben den Kämpfen der Arbeiter gegen die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft durch die Bosse. Sie sind Teil des lebendigen Klassenkampfs. Sie

sind Teil davon, weil der Kapitalismus die patriarchalische Unterdrückung der Frauen braucht, um den Mehrwert zu maximieren und die soziale Reproduktion zu geringeren Kosten sicherzustellen; weil er die Diskriminierung von LGBTQI-Personen braucht, um das Patriarchat zu legitimieren; weil er strukturellen Rassismus braucht, um die Ausbeutung der Peripherie durch das Zentrum zu rechtfertigen; weil er unmenschliche „Asylpolitiken" braucht, um die industrielle Reservearmee zu regulieren; er muss die Bauernschaft den Diktaten der Junkfood produzierenden Agrarindustrie unterwerfen, um den Preis der Arbeitskraft zu drücken; und er muss die respektvolle Beziehung, die menschliche Gemeinwesen noch untereinander und zur Natur pflegen, beseitigen, um sie durch seine individualistische Ideologie der Herrschaft zu ersetzen, die das Kollektiv in einen Automaten und das Lebendige in tote Dinge verwandelt."

Das Manifest räumt den feministischen Forderungen einen zentralen Platz ein. Frauen kümmern sich mehr als Männer. Die Gründe dafür werden unter Feministinnen diskutiert: Liegt es an ihrer Natur oder an patriarchaler Unterdrückung? Wir glauben, dass patriarchale Unterdrückung der entscheidende Faktor ist, aber darum geht es hier nicht. Der Punkt ist, dass „sich kümmern" das ist, was wir dringend brauchen, um gegen die ökosoziale Katastrophe anzukämpfen: Wir müssen uns tatsächlich um die Menschen und die Natur kümmern.

Fürsorge bedeutet, die zentrale Bedeutung der sozialen Reproduktion im Vergleich zur Produktion anzuerkennen. Diese Bedeutung kann im Kontext der notwendigen Wende zu einem gerechten, ökosozialistischen Degrowth nur noch zunehmen. Es ist kein Zufall, dass heute die Rechte, die extreme Rechte und die reaktionären Kräfte im Allgemeinen die Rechte der Frauen, insbesondere ihr Recht auf Selbstbestimmung über ihren Körper und ihre Fortpflanzungsfähigkeit, heftig attackieren. Frauenfeindlichkeit und Machismo werden von der extremen Rechten als Waffen zur Unterdrückung der Frauen eingesetzt und gefördert. Diese Unterdrückung der Frauen ist Teil eines umfassenderen reaktionären Projekts zur Unterdrückung der Gesellschaft und zur Aneignung der Natur durch das Kapital. Letztendlich ist die zunehmende Gewalt gegen Frauen (und gegen LGBT+) Ausdruck der Tatsache, dass die herrschende Klasse entschlossen ist, ihr System der Ausbeutung von Menschen und Natur mit allen Mitteln zu verteidigen.

Die Bedeutung, die den indigenen Völkern beigemessen wird, ist ein weiteres

Beispiel für unseren neuen Ansatz des Übergangsprogramms. Auch wenn sie eine Minderheit der Weltbevölkerung darstellen, liefern die indigenen Völker den Beweis, dass eine andere Beziehung zwischen der Menschheit und dem Rest der Natur möglich ist. Ihr Beispiel hat eine enorme ideologische Bedeutung. Zitat: „Indigene Völker und traditionelle Gemeinschaften stehen an der Spitze des Kampfes gegen die zerstörerische Herrschaft des Kapitalismus über ihre Körper und Territorien. In vielen Regionen sind sie sogar die Vorhut neuer revolutionärer Bewegungen der subalternen Klassen. Daher erkennen wir an, dass sie ein grundlegender Teil des revolutionären Subjekts des 21. Jahrhunderts sind."

Aus den gleichen Gründen misst das Manifest auch den Kämpfen und Forderungen der Kleinbäuerinnen und -bauern gegen die Agrarindustrie große Bedeutung bei. Zitat: „Es sind proaktive Maßnahmen erforderlich, um die Entwaldung zu stoppen und die Agrarindustrie, industrielle Baumplantagen und die Großfischerei durch kleinbäuerliche Agrarökologie, ökologische Forstwirtschaft und Kleinfischerei zu ersetzen. (…) Landwirt:innen und Fischer:innen müssen von der Gemeinschaft angemessen entschädigt werden, nicht nur für ihren Beitrag zur Ernährung der Menschen, sondern auch für ihren ökologischen Beitrag. (…) Ernährungssouveränität ist im Einklang mit den Vorschlägen von Via Campesina ein zentrales Ziel. Sie erfordert eine radikale Agrarreform: Das Land sollte an diejenigen gehen, die es bewirtschaften, insbesondere an Frauen. Enteignung von Großgrundbesitzern und kapitalistischen Agrarunternehmen, die Waren für den Weltmarkt produzieren. Verteilung von Land an Bäuerinnen und Bauern und landlose Bäuerinnen und Bauern (Familien oder Genossenschaften) für die ökologische Landwirtschaft."

Eine neue Strategie

Ein neues Programm impliziert logischerweise auch eine neue Strategie. Das Manifest bricht mit der dogmatischen Vorstellung vom Klassenkampf als Aktion einer objektivierten/idealisierten industriellen, hauptsächlich männlichen Arbeiterklasse. Die Kämpfe der Frauen, der Jugend, der indigenen Bevölkerung, der Kleinbäuerinnen und -bauern, der Migrant:innen und der LGBT+-Personen sind nicht nur Teil des Klassenkampfs, sondern spielen unter bestimmten Umständen sogar eine entscheidende Rolle. Man denke nur an Greta Thunberg, die den Atlantik überquert und eine Klimademonstration mit 500.000 Menschen in Montreal mobilisiert oder nach Gaza segelt, um die Blockade durch Israel zu

durchbrechen: Mit diesen Aktionen steht sie an der Spitze des Klassenkampfs!

Darüber hinaus tragen diese Kämpfe dazu bei, die produktivistische Ideologie innerhalb der Arbeiterklasse zu bekämpfen. Dieser Punkt wurde übrigens bereits von Lenin in seinem Kampf gegen den „Proletkult" und den „Ökonomismus" (in „Was tun?") erkannt: „Das klassenpolitische Bewusstsein kann den Arbeiter:innen nur von außen vermittelt werden, d. h. nur außerhalb des wirtschaftlichen Kampfes, außerhalb des Bereichs der Beziehungen zwischen Arbeiter:innen und Arbeitgeber:innen." Deshalb betont das Manifest in seinem letzten Kapitel die Bedeutung einer Strategie, die auf der Zusammenführung und Verknüpfung der Kämpfe basiert. Das ist kein einfacher Weg, denn jede soziale Bewegung hat ihren eigenen Rhythmus und ihre eigenen Besonderheiten. Aus diesem Grund ist es übrigens von entscheidender Bedeutung, politische Parteien aufzubauen, deren Mitglieder in den verschiedenen sozialen Bewegungen aktiv sind.

Ein Notfallplan für Klima- und Sozialgerechtigkeit auf den Philippinen?

Das Kommunistische Manifest war kein Endpunkt, sondern ein Ausgangspunkt für das Denken von Marx und Engels.

Das Gleiche gilt für unser ökosozialistisches Manifest, auch wenn es natürlich nicht denselben historischen Anspruch hat! Unser Manifest ist eigentlich nichts anderes als eine Diagnose, eine daraus resultierende Perspektive und einige strategische und programmatische Leitlinien. Diese Leitlinien müssen auf der Ebene der verschiedenen Länder und Ländergruppen konkretisiert und vertieft werden.

Laut dem Weltklimabericht 2017 sind die Philippinen das drittanfälligste Land für den Klimawandel. Nicht nur die Armen werden die Hauptopfer sein, sondern die Katastrophe wird auch neue Arme hervorbringen und eine Spirale aus Katastrophenanfälligkeit und sozialen Ungleichheiten in Gang setzen. In diesem Zusammenhang könnte die Konkretisierung des Manifests darin bestehen, so etwas wie einen „Notfallplan für Klima- und Sozialgerechtigkeit" auszuarbeiten. Das Ziel sollte sein, die wichtigsten sozialen und ökologischen Probleme anzugehen und dabei die extreme Dringlichkeit einer kohärenten, geplanten und sofortigen Antwort zu berücksichtigen.

Es gibt ein bekanntes Buch von Eduardo Galeano mit dem Titel *Die offenen Adern Lateinamerikas*. Tatsächlich sind auch die Adern der Philippinen offen, und zwar aus denselben Gründen: Kolonialismus (allerdings durch denselben Kolonisator…) und imperialistische Ausbeutung mit Hilfe der korrupten lokalen „Eliten" . Die Situation ist sogar noch schlimmer als die von Galeano beschriebene, denn nicht nur werden Ihre Arbeitskräfte und natürlichen Ressourcen geplündert, sondern als „Gegenleistung" tragen Sie auch die Hauptlast der von den kapitalistischen Mächten verursachten ökosozialen Katastrophe.

Wie könnte ein Notfallplan für Klima- und Sozialgerechtigkeit aussehen? Auf der Grundlage dessen, was wir in den letzten Tagen gesehen und gelernt haben, könnte der Kern der Alternative eine radikale Landreform sein, die auf die allgemeine Einführung der Agrarökologie abzielt – unter Berücksichtigung der Rechte indigener Völker und des Schutzes der biologischen Vielfalt. Zwanzig Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft, 60 % im (weitgehend informellen) Dienstleistungssektor. Die Bodenfrage ist entscheidend, um die Landflucht, das unhaltbare Wachstum einer Megastadt wie Manila und ihrer Slums, die Auswanderung von Millionen junger Menschen (vor allem Frauen) in die Golfstaaten und andere Länder sowie die Gesundheitsprobleme, die durch die Vergiftung und Zerstörung der Umwelt entstehen, zu stoppen und möglicherweise umzukehren.

Die Herausforderungen sind enorm und sollten nicht unterschätzt werden. Sie erfordern strukturelle Antworten. Meiner Ansicht nach könnte eine radikale, demokratische Landreform der zentrale Pfeiler eines Plans sein, der den Grundbedürfnissen in den Bereichen Gesundheit, Wasser, Wohnen, Sanitärversorgung und Bildung gerecht wird.

Nehmen wir als Beispiel die Bedrohungen für Manila und seine Region. Sie resultieren aus einer Kombination von zunehmender Armut (aufgrund der kapitalistischen Entwicklungsweise) mit beschleunigter Bodensenkung (aufgrund übermäßiger Grundwasserentnahme), Anstieg des Meeresspiegels und zunehmender Gewalt der Taifune (beides aufgrund des Klimawandels). Der „relative Anstieg des Meeresspiegels" summiert die Auswirkungen des globalen Meeresspiegelanstiegs, der Sturmfluten und der Bodensenkung. Wissenschaftler:innen schätzen den relativen Anstieg des Meeresspiegels in der Bucht von Manila im letzten Jahrhundert auf 60 cm (das Dreifache des globalen Meeresspiegelanstiegs). Bis 2050 könnte er 2,04 Meter erreichen. Ein solcher

Anstieg würde allein in der Metropole Manila 60 bis 80 Quadratkilometer dauerhaft überfluten. Bitte beachtet, dass diese Zahlen weder die wachsenden Risiken von Flussüberschwemmungen aufgrund häufigerer Starkregenfälle und schlechter Landnutzung (Entwaldung usw.) noch die möglichen Auswirkungen der (wahrscheinlichen) Verschiebung von Teilen der Eiskappen der Antarktis berücksichtigen!

Ein großer Teil der informellen Siedler lebt in den am stärksten gefährdeten Gebieten der Bucht von Manila. Millionen armer Menschen sind gefährdet, insbesondere Frauen, Kinder und ältere Menschen. Unterkünfte und Deiche reichen nicht aus, um die Gefahr abzuwenden. Im Gegenteil, eine solche „Business-as-usual"-Lösung könnte die Gefahr sogar noch vergrößern (das ist typischerweise das, was der IPCC als „Fehlanpassung" bezeichnet: Anpassungsmaßnahmen, die die Risiken erhöhen), insbesondere wenn sie technokratisch, ohne demokratische Kontrolle und Beteiligung der Gemeinden umgesetzt werden.

Eine Umsiedlung scheint unvermeidlich zu sein. Aber auch die Umsiedlung muss sozial und demokratisch organisiert werden. Sehr oft werden Katastrophen von Regierungen als Strategie genutzt, um arme Menschen zu vertreiben. Soweit ich weiß, scheint dies in Manila der Fall zu sein. Nach bestimmten Studien wurden 6.000 Haushalte in Gebiete umgesiedelt, in denen es keinen Zugang zu Grundversorgungsgütern gibt, wodurch sie zu neuen Slums wurden. Der letzte IPCC-Bericht erwähnt die Tatsache, dass in Manila „die Fragmentierung der städtischen Infrastruktur, die die Klimaresilienz fördern sollte, zu einer marginalen Verringerung der Verwundbarkeit führte, wobei die erhöhte Verwundbarkeit der ausgegrenzten Gemeinden die verringerte Verwundbarkeit der wohlhabenderen Gemeinden mehr als aufwiegt". Der Grund dafür ist politischer Natur: „Anpassungspläne werden in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen/finanziellen Tragfähigkeit bewertet".

Umsiedlungen und andere Anpassungsmaßnahmen sind dringende Forderungen, die ein klares Bekenntnis zu sozialer Gerechtigkeit, Ökologie und Demokratie erfordern. Insbesondere Umsiedlungen erfordern Planung, öffentliches Eigentum an Grund und Boden, öffentliche Unternehmen zum Bau angemessener Wohnungen in einem guten städtischen Umfeld und Kontrolle durch die Bevölkerung, um Korruptionsskandale zu verhindern. Im weiteren Sinne bedeutet Umsiedlung ein Entwicklungsmodell, das mit den verschiedenen Formen des

Extraktivismus (Bergbau, Agrarindustrie und industrielle Fischerei) bricht, die eine schlechte, ungleiche Unterentwicklung begünstigen. Die Tatsache, dass die Philippinen in der Reisproduktion nicht autark sind, spricht für sich. Mit anderen Worten: Die Bekämpfung der sozial-ökologischen Bedrohungen erfordert Maßnahmen, die beginnen, die kapitalistischen Regeln zu überwinden.

Ein Kampf um die politische Macht

Die unmittelbaren dringenden Probleme anzusprechen und sie mit antikapitalistischen Lösungen zu verknüpfen, war die Übergangsmethode, die Lenin in seinem berühmten Text „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen kann" anwandte. Wir alle sollten ihn noch einmal lesen, er ist eine Quelle der Inspiration.

Ein solcher Notfallplan, der sich auf die wichtigsten unmittelbaren ökosozialen Probleme und Bedrohungen stützt, mag übertrieben oder unrealistisch erscheinen. Aber höchstwahrscheinlich wird die Entwicklung der Katastrophe leider ihre Relevanz und Dringlichkeit in den Augen eines wachsenden Teils der Bevölkerung zeigen.

Diese Bewusstseinsentwicklung könnte langsamer verlaufen als in Russland zwischen Juli und Oktober 1917 (Lenin schrieb „Die bevorstehende Katastrophe" im Juli). Das liegt daran, dass das Tempo der ökosozialen Katastrophe derzeit noch relativ langsam ist. Dieses Tempo ist jedoch nicht linear, was bedeutet, dass eine plötzliche Beschleunigung möglich ist. Wir sollten lautstark Alarm schlagen.

Im Falle des Anstiegs des Meeresspiegels besteht, wie ich bereits sagte, eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit, dass ein riesiger Gletscher in der Antarktis (der Totten-Gletscher) zerfällt. Niemand weiß, wann dies geschehen wird, aber Wissenschaftler halten es für unvermeidlich und es wird einen sofortigen Anstieg des Meeresspiegels um mindestens 1,5 m zur Folge haben…

Zwei weitere Beispiele: Nach Angaben des IPCC könnte aufgrund der globalen Erwärmung und des Absterbens der Korallenriffe das maximale Fischbestandspotenzial der philippinischen Meere bis 2050 im Vergleich zu den Werten von 2001-2010 um 50 % zurückgehen. Nach Angaben des World Resource Institute wird das Land bis 2040 unter einer starken Wasserknappheit leiden, mit negativen Folgen insbesondere für die Landwirtschaft (-10 % Reisertrag bei einer

Erwärmung um 1 °C).

Natürlich ist ein solcher Notfallplan für soziale und ökologische Gerechtigkeit nur möglich, wenn er mit einem Kampf um die politische Macht verbunden ist. Tatsächlich setzt die Umsetzung des Plans eine Regierung voraus, die sich an den Bedürfnissen und der Mobilisierung der Volksklassen orientiert und mit den kapitalistischen Dogmen, der Korruption, dem Extraktivismus und der Diktatur des Finanzkapitals bricht.

Eine solche Regierung könnte dem Imperialismus nicht ohne Weiteres widerstehen, wenn sie isoliert bliebe, aber die große Ähnlichkeit der Situationen in Südostasien (die Situationen in Jakarta und Ho-Chi-Minh-Stadt sind denen in Manila sehr ähnlich) lässt hoffen, dass eine Ausweitung des Kampfes auf mehrere Länder möglich wäre.

Unser größter Wunsch ist es, dass unser Manifest die Linke und die sozialen Bewegungen ermutigt, eine solche Alternative zu entwickeln und sich um sie zu vereinen.

Das Referat wurde auf International Viewpoint veröffentlicht, von uns maschinell übersetzt und auf grobe Fehler durchgesehen.